Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei



Parteiprogramm

Seiten 8 - 9



Seite 2

«Frei und sicher»

Freiheit und Sicherheit sind die Grundlage unseres hohen Wohlstandes.

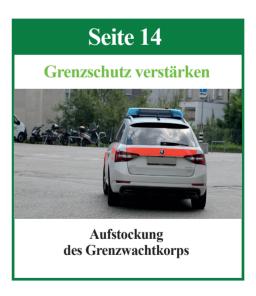
N°1 www.svp.ch





Seite 3 Zersiedelungsinitiative Zersiedelungsinitiative treibt Wohnkosten für alle in die Höhe







www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch



AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 53 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch -Januar 2019

Die SVP in den Schweizer Medien





Frei und sicher

Die SVP steht für Freiheit und Sicherheit. Diese Werte müssen gerade in einer Zeit der grossen Völkerwanderungen und Vermischung der Kulturen immer wieder neu erkämpft werden. Freiheit und Sicherheit sind die Grundlage unseres hohen Wohlstandes sowie Garant für die grosse Innovationskraft und Wertschöpfung unseres Mittelstands. Freiheit und Sicherheit sind einmalige Standortvorteile für die in der Schweiz ansässigen Weltkonzerne und somit für Tausende von Arbeitsplätzen. Freiheit und Sicherheit stehen in unserem Parteiprogramm deshalb auch für die kommende Legislatur vor allen anderen Massnahmen.

Der Alltag in der Schweiz ist geprägt von überfüllten Zügen und verstopften Strassen und von an Bahnhöfen und auf öffentlichen Plätzen herumhängenden Asylanten. Immer mehr über 50-Jährige finden keine Stelle mehr und auch junge Studienabgängerinnen und -abgänger haben Mühe einen Job zu finden. Personenfreizügigkeit, unkontrollierte Zuwanderung, fehlende Grenzkontrolle, mangelnde Integration der Asylsuchenden, Entstehung von Parallelgesellschaften bedrohen sowohl die Freiheit als auch die Sicherheit in unserem Land. Je länger je mehr Schweizer spüren trotz Hochkonjunktur den Druck am eigenen Leib. Heute haben wir eine höhere Erwerbslosenquote als Deutschland.

Kein Wunder brennen die Themen Ausländer und Flüchtlinge, nach AHV und Gesundheit, die Schweizerinnen und Schweizer am meisten unter den Nägeln. Deshalb hat die Mehrheit der Bevölkerung und der Stände ja gesagt zur Masseneinwanderungsinitiative und damit zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung. Im Parlament wurde die Umsetzung jedoch von einer SP-FDP-Allianz ins Gegenteil verkehrt: Aus dem Inländervorrang wurde ein Ausländervorrang.

Mit der von der SVP eingereichten Begrenzungsinitiative ist dieser Schwachsinn in der nächsten Legislatur zu korrigieren. Die Schweiz muss die Zuwanderung wieder eigenständig steuern – für eine Zukunft in Freiheit und Sicherheit.

Alker Posti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Zersiedelungsinitiative treibt Wohnkosten für alle in die Höhe

2016 haben die Jungen Grünen die Initiative "Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung" eingereicht. Die Initianten verlangen eine nach innen gerichtete Siedlungsentwicklung sowie einen vollständigen Einzonungsstopp. In Zukunft sollen Bauzonen nur noch ausgeschieden werden können, wenn an anderer Stelle eine gleichwertige Fläche ausgezont wird. Ausserdem verlangt die Initiative, dass ausserhalb der Bauzonen nur noch standortgebundene Bauten sowie solche für die bodenabhängige Landwirtschaft gebaut werden dürfen.

eit 2014 ist das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG) in Kraft: Es erfüllt die Forderungen der Initianten bereits weitestgehend. Es lenkt die Siedlungsentwicklung nach Innen und legt fest, dass Gemeinden nur noch über Bauzonen für den Bedarf der nächsten 15 Jahre verfügen dürfen. Gemeinden, die über zu viel Bauland verfügen, müssen auszonen. Dem Siedlungsbereich wurde somit bereits ein enges Korsett verpasst und das Kulturland wird besser geschützt.

Konstante Bauzonen und mehr Einwohner

Die Bauzonenstatistik des Bundes zeigt, dass die Bauzonen seit 2012 gleich geblieben sind, die Bevölkerung aber gleichzeitig von 7,4 auf 8 Millionen gewachsen ist. Ein vollständiger Einzonungsstopp ist angesichts des erwarteten Bevölkerungswachstums völlig unrealistisch. Der Bund rechnet mit 10 Millionen Einwohnern bis im Jahr 2045. Der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum müsste gänzlich durch die heute bestehenden Bauzonen gedeckt werden. Dies würde die Entwicklung der Schweiz übermässig einschränken.

Aus der Traum – nicht nur vom Einfamilienhaus

Ein Einfrieren der Bauzonen auf dem heutigen Stand hätte zur Folge, dass Bauland noch knapper würde. Das würde vor allem auf dem Land, wo die Landpreise noch moderater sind zu einem Preisanstieg führen und sich



Zukünftig würde das Wohnen noch teurer, da die Zersiedelungsinitiative die Bauzonen einfrieren würde.

direkt auf die Wohnkosten auswirken – sowohl für Mieter wie auch für Eigentümer. In Zukunft würden noch weniger Einfamilienhäuser gebaut als bisher – der Traum vom Eigenheim wäre für junge Familien definitiv gestorben. Auch bestehende Einfamilienhaus-Quartiere könnten unter Druck geraten, da man auf den verbleibenden Flächen die Verdichtung noch stärker forcieren müsste.

"Interessante" Gegnerschaft

Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament lehnen die Initiative ab. Während SVP, FDP und CVP die Zersiedelungsinitiative erwartungsgemäss deutlich ablehnen, hat offenbar auch die Linke eingesehen, dass die zusätzliche Verknappung von Bauland eine massive Erhöhung der Wohnkosten zur Folge haben könnte. Das trifft auch ihre Klientel. Die Hälfte der SP-Nationalräte enthielt sich jedenfalls der Stimme. Auch eine breite Allianz von Verbänden lehnt die Initiative klar ab.





Bundesrat Ueli Maurer blickt zuversichtlich in sein Präsidialjahr.

Stillstand können wir uns in der Politik nicht leisten

An der Schwelle zum Jahr 2019 dürfen wir mit Genugtuung feststellen: Der Schweiz geht es gut. Was wir uns erarbeitet haben, ist nachhaltig und eine gute Basis, damit wir auch die Zukunft meistern können. Das heisst aber nicht, dass wir die Hände in den Schoss legen dürfen. Der Kleinstaat Schweiz steht vor grossen Herausforderungen, die einen zusätzlichen Effort notwendig machen.

in Blick über unsere Grenzen hinaus genügt, um festzustellen, dass wir in turbulenten Zeiten leben. Die Mächtigen dieser Welt scheinen manchmal selber nicht mehr zu wissen, wohin die Reise geht. Und im Zweifelsfall setzen sie auf Rezepte, die wir erst noch als längst überholt betrachtet haben. Dass beispielsweise der Protektionismus ausgerechnet im Zeitalter der Globalisierung eine Renaissance erlebt,

sollte uns nachdenklich stimmen. Die Macht des Stärkeren hat heute wieder einen deutlich grösseren Stellenwert als noch vor wenigen Jahren.

Internationaler Druck nimmt zu

Auch die Schweiz bekommt den raueren Wind bereits zu spüren. Die Drohung mit schwarzen Listen ist zu einem salonfähigen Instrument zur Durchsetzung von Interessen und Machtansprüchen geworden. Ein weiteres Beispiel: Die Börsenäquivalenz wird der Schweiz, obwohl wir rechtlich alle Voraussetzungen erfüllen, nur auf Zusehen hin gewährt, damit wir uns im Hinblick auf eine dynamische Übernahme von EU-Recht gefügig zeigen.

Konkurrenz unter den Wirtschaftsstandorten ist gesund und wachstumsfördernd, solange alle Beteiligten über gleich lange Spiesse verfügen.

In diesem Spiel hatte die Schweiz bisher gute Karten. Und wir haben diese sehr wohl zu nutzen gewusst, wie unser Wohlstand, unsere Wirtschaftskraft und das gute Funktionieren unseres Sozialstaats zeigen. Aber selbst dort, wo es «bloss» um den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit geht, sind wir heute stärker gefordert. Wenn beispielsweise wichtige Konkurrenzstandorte wie die USA, Grossbritannien oder China ihre Firmensteuern senken, können wir dem nicht tatenlos zusehen, wenn uns am Erhalt von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen gelegen ist.

Schweiz muss bleiben

Die Vorlage über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) gibt uns die Chance, diesbezüglich wieder Terrain zurückzugewinnen und im Vergleich mit dem Ausland an Wettbewerbsfähigkeit zuzulegen. Nutzen wir diese Gelegenheit nicht, so wird uns das um etliche Jahre zurückwerfen. Die vom Parlament beschlossene Verknüpfung des Steuerteils mit einer Vorfinanzierung der AHV im Hinblick auf eine tiefgreifende Reform dieses Sozialwerks, hat nichts mit einem «Deal» zu tun, sondern entstand aus dem Bedürfnis



Bundespräsident Ueli Maurer setzt sich für gleich lange Spiesse und den Wirtschaftsstandort Schweiz ein.

heraus, breiteste Bevölkerungskreise von dieser Reform profitieren zu lassen. Sie entsprang insbesondere auch dem Willen, im Interesse der Sache einen tragfähigen Kompromiss zu schmieden.

Es ist diese Fähigkeit zum Kompromiss, die uns immer wieder geholfen hat, vorwärts zu kommen oder gar Blockaden zu lösen. Überhaupt lohnt es sich, uns gerade in diesen hektischen Zeiten wieder vermehrt auf jene Wurzeln zu besinnen, aus denen das gewachsen ist, was uns heute stolz macht. Zu den typisch schweizerischen Werten zähle ich neben der

Kompromissbereitschaft etwa die direkte Demokratie, den Föderalismus oder eine gesunde Skepsis den Mächtigen gegenüber – ob sie nun von aussen auf uns einzuwirken oder im Inland sich aufzuspielen versuchen. Hinzu kommen individuelle Stärken wie Fleiss, Pünktlichkeit, Neugier oder Innovationsfreude.

Erfogsgeschichte weiterschreiben

Ich bin überzeugt: Wenn wir wieder vermehrt solche Tugenden pflegen, wird es uns gelingen, auch die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Die Bevölkerung erwartet von uns Politikern, dass wir parteiübergreifend bereit sind, Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden. Deshalb: Geben wir uns diesen Ruck, krempeln wir die Ärmel hoch! Mit dieser Entschlossenheit, gepaart mit der nötigen Gelassenheit und einer lösungsorientierten Zielstrebigkeit, wird es uns gelingen, auch aus den aktuellen Umwälzungen ein weiteres Kapitel in der schweizerischen Erfolgsgeschichte zu schreiben.



In hektischen Zeiten lohnt es sich, inne zu halten und sich auf die schweizerischen Werte zu besinnen.

von Bundespräsident Ueli Maurer Wernetshausen (ZH)



Mehr für die Schweiz weniger fürs Ausland

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland und zu wenig für die Schweizerinnen und Schweizer aus. Das wollen wir ändern und die AHV-Renten sichern – und zwar ohne neue Steuern und Abgaben. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die alleine der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken in die AHV fliessen.



Steuermittel sollen zuerst den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Deshalb ist die AHV auf Kosten der Entwicklungshilfe zu sichern.

ie Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50°000 Personen – das ist in einem Jahr einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als uns der Bundesrat bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte. Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland.

Netto Einwanderung -Netto Mehrkosten

Die Zuwanderung kostet Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Krankenkassenprämien und Mietzinse steigen, über 50-jährige Arbeitslose finden kaum noch eine Stelle und das Gedränge im Zug und auf der Strasse nimmt zu. In der AHV-Kasse zeichnet sich ein

grosses Loch ab. Alleine die Kosten der Sozialhilfe sind von 1.7 Milliarden Franken (2005) auf 2,7 Milliarden Franken (2016) gestiegen, insbesondere aufgrund neuer Anspruchsgruppen - etwa von über 50-jährigen Arbeitnehmenden oder schlecht ausgebildeten Migranten. Aktuell sind 345'000 Personen sozialhilfeabhängig - das ist die Zahl der Einwohner des Kantons Wallis. Noch nicht erfasst sind die Asylanten, die in den letzten fünf bis sieben Jahre kamen, da diese nur in der Bundesrechnung erscheinen. Doch auch dort haben die Asylsozialausgaben die 2-Milliarden-Franken-Grenze geknackt.

Insgesamt zahlt der Bund jährlich gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr als er für die Sicherheit der Menschen in der Schweiz ausgibt und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Land-

wirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante zweite Kohäsionsmilliarde für die EU, der weitere folgen sollen.

Kurz: Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland und die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Gleichzeitig fehlt im Inland das Geld zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes, der diese grosszügigen Ausland- und Asylgelder mit seinen Steuern und Lohnabzügen bezahlen muss.

Der Wählerwille ist unsere Priorität

Das ist inakzeptabel. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Doch dies allein genügt nicht: Es braucht auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Wir wollen die AHV-Renten ohne neue Steuern und Abgaben sichern. Deshalb soll von der Entwicklungs- und Asylhilfe mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Der Parteileitungsausschuss hat beschlossen, dazu eine Arbeitsgruppe unter meiner Leitung einzusetzen. Wir schlagen bis Ende April konkrete Massnahmen zur Umsetzung dieser Mittelverlagerung vor.

von Nationalrat Adrian Amstutz Sigriswil (BE)



Der Weg in die Knechtschaft

Die am meisten irreführende Verfälschung, die von interessierten Kreisen gegen nachweisliche Tatsachen mutwillig gestreute Propaganda-Lüge zur Europapolitik der Schweiz ist die Behauptung, der jetzt auf dem Tisch liegende institutionelle Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und der EU "sichere den bilateralen Weg". Die Schweiz kann und muss die bilaterale Beziehung mit der EU auf Augenhöhe gestalten und den EU Rahmenvertrag zurückweisen, um sich nicht in Knechtschaft zu begeben.

Hochstilisierung Schweizer Beziehungen mit der EU zum "bilateralen Königsweg" hatte immer schon etwas Übersteuertes, Schöngeschminktes. Und wie viele Geschichten, die mit Königen zu tun haben, handelt es sich um ein Märchen. Allseits bekannte Tatsache nämlich ist: Vor exakt zehn Jahren hat die EU. ungeduldig über den von unserer Diplomatie in Aussicht gestellten, jedoch ausbleibenden EU-Beitritt der Schweiz, den bilateralen Weg für beendet erklärt. Mitte Dezember 2008 forderte der EU-Rat in herrisch-schneidendem Ton die "dynamische Anpassung" der bilateralen Abkommen an das sich laufend fortentwickelnde EU-Recht sowie einen neuen Kohäsionsbeitrag. Der bilaterale Weg sei an seine Grenzen gestossen, hiess es damals.

Erpresserischer Kolonialvertrag

Das vorliegende Rahmenabkommen sieht eine sogenannte "dynamische Anpassung" von Schweizer Recht an das EU Recht vor. Diese Anpassung ist aber eine de-facto automatische und einseitige Anpassung zu Gunsten des EU Rechts. Es stimmt: Der Rahmenvertrag sieht theoretische Referendumsmöglichkeiten und sogar ein Schiedsgericht vor, aber auch das Schiedsgericht müsste auf der Grundlage der EU-Gerichte entscheiden, und die Referenden



Der EU-Rahmenvertrag ist nicht die Fortsetzung, sondern der Tod des "bilateralen Wegs".

würden - sollten sie nicht im Sinn der EU herauskommen - Sanktionen gegen die Schweiz zur Folge haben. Dieser Sanktionsmechanismus («des mesures de compensation») sieht im Artikel 10 Absatz 6 des Rahmenvertrags ausdrücklich die Möglichkeit einer Guillotine vor, welche in der Suspension der bilateralen Verträge resultieren kann («la suspension de tout ou partie d'un ou des accords concernés»). Fremdbestimmung statt Selbstbestimmung, Unterwerfung statt Gleichberechtigung: Das institutionelle Abkommen ("InstA") ist deshalb

kein Königsweg. Oliver Zimmer, Schweizer Geschichtsprofessor in Oxford, bringt es in der NZZ so auf den Punkt: "Wer den EU-Rahmenvertrag als Kompromiss bezeichnet, betreibt entweder Augenwischerei oder hat seinen demokratiepolitischen Kompass verloren."

von Nationalrat Roger Köppel Küsnacht (ZH)



Die SVP steht für Freiheit und Sicherheit. Freiheit und Sicherheit müssen gerade in einer Zeit der grossen Völkerwanderungen und Vermischung der Kulturen immer wieder neu erkämpft werden.

Albert Rösti Nationalrat (BE)

Neues Parteiprogramm: Frei und

Freiheit und Sicherheit haben unsere Heimat, die Schweiz, vorangebracht. Die SVP setzt sich weiterhin zuverlässig dafür ein. Deshalb sind Freiheit, Sicherheit und Heimat auch im Parteiprogramm für die Legislatur 2019-2023 zentral. Zumal diese Werte durch die nach wie vor ungebremste Zuwanderung gefährdet sind. Die SVP Schweiz präsentierte das neue Parteiprogramm am 10. Januar an einer Medienkonferenz in Bern.

«Wir wollen frei sein, wie die Väter waren.» Die Botschaft des Bundesbriefes von 1291 gilt für die Schweiz noch heute. Ohne Freiheit gibt es keine Selbstbestimmung und ohne Sicherheit keinen Wohlstand. Unsere Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss immer wieder verteidigt werden, gegen Druckversuche von aussen – aber auch von innen. Gegen all jene, welche die Bürgerinnen und Bürger bevormunden und die direkte Demokratie aushebeln wollen. Mit dieser klaren Botschaft präsentierten Parteipräsident Albert Rösti, Vizepräsidentin Céline Amaudruz, Programmchef Peter Keller und Fraktionspräsident Thomas Aeschi am 10. Januar in Bern das neue Parteiprogramm. Dieses beinhaltet rund 260 Ziele, Forderungen und Bekenntnisse in den für die Schweiz wichtigsten 23 Themengebieten, und ist die Grundlage der SVP-Politik der kommenden vier Jahre.

Nur die SVP gibt zuverlässig Gegensteuer

Freiheit und Sicherheit zu garantieren wäre die Kernaufgabe unseres Staates. Doch dieser kümmert sich heute zu wenig darum. Die Nicht-Umsetzung von Volksentscheiden, die dauernde Übernahme von EU-

Recht, Maulkörbe und Gesinnungsdiktate sind Zeichen dafür, dass sich in unserem Land eine vermeintliche politische Elite gebildet hat, der die direkte Demokratie lästig geworden ist. Die SVP gibt hier als einzige Partei unermüdlich und zuverlässig Gegensteuer. Die SVP setzt sich seit über 100 Jahren ohne Wenn und Aber für eine freie Schweiz ein, in der die Bürgerinnen und Bürger selber bestimmen können.

«Der Staat soll sich nicht überall einmischen und die Menschen be-

vormunden», sagt Nationalrat und Programmchef Peter Keller. «Wir wollen eine freie Schweiz, wir wollen möglichst freie Bürgerinnen und Bürger, wir wollen den Unternehmen optimale Rahmenbedingungen bieten, damit sie Wohlstand schaffen können.» Die freie Marktwirtschaft sei der beste Garant für sichere Arbeitsplätze. «Heute leben wir aber in einer Art Halbgefangenschaft», sagt Keller und meint damit die immer enger geschnürte Zwangsjacke aus staatlichen Vorschriften, Regulierungen, Verordnungen und Gesetzen. «Wir

schuften ein halbes Jahr für den Staat, für alle die Zwangsabgaben, die wir zu entrichten haben.» Gemäss internationaler Berechnungsmethode liege der «Tax Freedom Day» in der Schweiz in der ersten Julihälfte. «Wir haben jetzt Januar. Die nächsten sechs Monate arbeiten die Schweizerinnen und Schweizer nicht für ihr eigenes Portemonnaie.»

Die SVP kämpft gegen die ungebremste Zuwanderung

Der Schweiz geht es heute insgesamt gut. Dies kann sich laut Nati-



«Wir wollen frei sein, wie die Väter waren.» Die E Schweiz noch heute und ist einer der zentralen

K Heute leben wir in einer Art Halbgefangenschaft, in einer immer enger geschnürten Zwangsjacke aus staatlichen Vorschriften, Regulierungen, Verordnungen und Gesetzen. Wir schuften ein halbes Jahr für den Staat, für alle die Zwangsabgaben, die wir zu entrichten haben.



Peter Keller Nationalrat (NW)

sicher für unsere Schweiz

Gelb-Westen-Proteste in Frankreich

betont: «Die Mittelschicht ist das

Rückgrat der Gesellschaft, deshalb

ist es dringend nötig, die zuneh-

mende Belastung durch Steuern,

Gebühren und andere Abgaben zu

stoppen.» Der Staat müsse die Aus-

gaben reduzieren – insbesondere im

Sozialbereich. Zwischen 2000 und

2016 stiegen die Sozialkosten von

14 auf 22,6 Milliarden Franken pro

Jahr, was einem Anstieg von mehr

als 50 Prozent entspricht.

onalrat und Parteipräsident Albert Rösti schnell ändern, zumal sich eine Schwächung der Wirtschaft abzeichnet. Dessen ungeachtet verabschiedete die Linke unlängst in ihrem Wirtschaftsprogramm Forderungen wie eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn, sechs Wochen Ferien für alle, eine Elternzeit von mindestens 38 Wochen und andere wirtschaftsfeindliche Forderungen. Bezahlen will die SP dies mit einem tiefen Griff ins Portemonnaie der Steuerzahlerinnen und -zahler. «Bluten müsste einmal mehr der hart arbeitende Mittelstand», so Albert Rösti.

Eine gefährliche Entwicklung, wie Nationalrätin und Vizepräsidentin

Zu behaupten, wie die Linke dies tue, dass der Abbau des Sozialstaates voranschreite, sei populistische Angstmacherei, so Amaudruz. «Weil Arbeit das beste Mittel gegen Armut ist, legt die SVP besonders Céline Amaudruz mit Blick auf die Gewicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen.» Weil die Arbeitsplatzsicherheit durch die Folgen des geplanten institutionellen Abkommens und der Personenfreizügigkeit bedroht ist, kämpft



Botschaft des Bundesbriefes von 1291 gilt für die Punkte im neuen Parteiprogramm der SVP.

Die SVP bekämpft höhere Benzinpreise und Bildungsexperimente

die SVP nach wie vor für

eine eigenständige Steue-

rung der Zuwanderung. Nur

dies bedeute ein zuverlässi-

ger Schutz für ältere Arbeit-

nehmende, so Rösti.

Das neue Parteiprogramm zeigt zudem, dass die SVP als einzige Partei den Mut

hat, auch heisse politische Eisen anzupacken. So setzt sich nur die SVP konsequent für die Autofahrerinnen und Autofahrer ein indem sie den Bussenterror, höhere Benzinpreise und jegliche Quersubventionierung des öffentlichen Verkehrs durch die Strassenbenutzer bekämpft. Die SVP engagiert sich auch für eine starke Volksschule und bekämpft weltfremde Bildungsexperimente wie die Lernmethode «Schreiben nach Gehör».

Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf die SVP verlassen

Die SVP spricht in ihrem neuen Parteiprogramm aus, was viele Schweizerinnen und Schweizer denken: Die Schweiz muss ihre Selbstbestimmung. Unabhängigkeit und Standortvorteile stärken, um den Erpressungsversuchen aus Brüssel die Wirkung zu entziehen.

Die SVP übernimmt in jeder Hinsicht Verantwortung für die Schweiz, unsere Heimat – und dies nicht nur in den Zentren, sondern vor allem auch in den Randregionen. «Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf uns verlassen - wir setzen uns mit aller Kraft für eine freie und sichere Schweiz ein», sagt Programmchef Peter Keller.

Die SVP Schweiz wird das neue Parteiprogramm am Parteitag vom 26. Januar 2019 in Gossau verabschieden.

DIE NEUEN SUZUKI PIZ SULAI® 4 x 4 SONDERMODELLE

NEW SUZUKI SX4 S-CROSS PIZ SULAI® 4 x 4

BEREITS Fr. 27 490.— ODER Fr. 207.—/MONAT

NEW SUZUKI SWIFT PIZ SULAI® 4 x 4

BEREITS Fr. 20 490.- ODER Fr. 138.-/MONAT

NEW SUZUKI IGNIS PIZ SULAI[®] 4 x 4

BEREITS Fr. 19 490.- ODER Fr. 123.-/MONAT



ALLGRIP 4x4

SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki SX4 S-CROSS PIZ SULAI® 4x4, 6-Gang manuell, 5-türig, Fr. 27490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 6.21/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emissionen: 141g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33g/km; New Suzuki Swift PIZ SULAI® 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 20490.-; Treibstoff-Normverbrauch: 4.91/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO₂-Emissionen: 112g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 26g/km; New Suzuki Ignis PIZ SULAI® 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 19490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.21/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emissionen: 118g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 27g/km; Hauptbild: New Suzuki SX4 S-CROSS PIZ SULAI® Top 4x4, 6-Gang manuell, 5-türig, Fr. 31490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 6.21/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emissionen: 141g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33g/km. New Suzuki Ignis PIZ SULAI® Top 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 21490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.41/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emissionen: 118g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 23g/km. New Suzuki Ignis PIZ SULAI® Top 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 21490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.21/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO₂-Emissionen: 118g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 27g/km; Durchschnittswert CO₂-Emissionen aller in der Schweiz neu immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 137g/km.

0.9%

Leasing-Konditionen: 24 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.9 %. Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30 % vom Nettoverkaufspreis. Der Leasingzinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasingangebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.



100.



Way of Life!

www.suzuki.ch

Überflüssig & unnütz!

www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch



Q Kontinuität

Kontinuität

<a href="mailto:continuitas —
«ununterbrochene Fortdauer»

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

Wir freuen uns auf Sie! Alexander Segert, Geschäftsführer 8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00 info@goal.ch, www.goal.ch



Vil schbas baim korigiren!

Viele Schweizer Schüler lernen «nach Gehör» schreiben. Die Lust am kreativen Text steht dabei im Vordergrund, die Orthografie spielt keine Rolle. Doch neue Studien zeigen: Die hochgelobte Methode ist mitverantwortlich für die schlechten Rechtschreib-Fähigkeiten. In Deutschland wurde die Methode bereits verboten. Auch die Schweizer Bildungsdirektionen sollten die Lehrmittel sofort aus dem Verkehr ziehen.

ürzlich hatten wir Klassenzusammenkunft und ein Vater erzählte, dass er fast verzweifelt über die Rechtschreibung seiner Tochter. Als er die Kleine auf Fehler aufmerksam machen wollte, sagte sie ihm: «Du darfst mich nicht korrigieren. Das hat meine Lehrerin gesagt!»

Wie schreibe ich es meinem Kind?

Kinder sollen einfach drauflos schreiben. Die Rechtschreibung spielt keine Rolle. «Schreiben nach Gehör» oder «lautgetreues Schreiben», nennt sich diese Methode. «ICh SchBiLE FUSBAL MiTMEiNeM PAPA.» Was bei Erstklässlern vielleicht noch herzig ist, hat schwerwiegende Konsequenzen: Die Schülerinnen und Schüler werden jahrelang nicht korrigiert und prägen sich falsche Wortbilder ein, die dann ab der vierten oder fünften Klasse wieder mühsam abtrainiert werden müssen.

Lehrmeinung statt Ideologie

Neue Studien zeigen, dass diese Lernmethode wesentlich mitverantwortlich ist für die Rechtschreibschwäche – und zwar besonders bei Schülern, die sonst schon Mühe haben in der Schule oder bei Kindern aus fremdsprachigen Familien. Ausgerechnet eine linke Reformidee benachteiligt benachteiligte Buben und Mädchen... Was würden Sie von einem Sportlehrer halten, der Ihr Kind jahrelang falsche Bewegungsabläufe einüben lässt und dann plötzlich beginnt, die falsch eingeübten Abläufe wieder zu



Was Hänschen falsch lernt... linksideologische Regelscheue benachteiligt ausgerechnet die schwächsten Schulkinder am meisten.

korrigieren? Sie würden mit Recht nur den Kopf schütteln.

Jürgen Oelkers war Pädagogikprofessor an der Universität Zürich und fordert ein Umdenken an den Schulen: «Das Üben ist zentral, besonders beim Schreiben. Doch man betont heute das Spasshafte und reduziert die Übungsanteile – für viele Schüler ist das genau das Falsche. Beim Sport oder beim Klavierspielen sieht auch jeder sofort ein, dass es ohne Üben nicht geht.» Zum Üben gehören auch Diktate, und dass Fehler sauber korrigiert werden – von den Lehrpersonen wie den Schülern.

Aus Fehlern klug werden

In verschiedenen deutschen Bundeslän-

dern wurde die «Schreiben nach Gehör»-Methode inzwischen verboten. In Nidwalden hat Bildungsdirektor Res Schmid (SVP) die einschlägigen Lehrmittel aus dem Verkehr gezogen. Als Mitglied der Bildungskommission des Nationalrats konnte ich das Thema für die nächste Sitzung traktandieren lassen. Es dürfen nicht noch mehr Schüler Opfer dieser «Schlechtschreib-Methode» werden.



IMPRESSUM



Ihr Drucker- und IT-Spezialist mit Brother, HP Kyocera, Lexmark, Ricoh. Für Ihr ideales Angebot: 041 799 50 00 - info@ocotex.ch

Wählen Sie solange Vorrat

Für Fr. 99.00 inkl. Gratis-MPS

(verlangen Sie Infos unter 041 799 50 00)

A4 Mono-Drucker Brother HL-L5100DN



A3-Multifunktion



A4 Farb-Drucker Brother HL-L8250CDN



A3-Farb-Multifunktion rother MFC-J6720DW (A3 kopieren/scannen)



Mit Gratis-MPS haben Sie

- volle 5 Jahre VorOrt-Garantie - fixe Kosten pro Seite farbig
- < 15 Rp., mono < 2,5 Rp.
- hohe Ersparnis Verbrauchsmaterial vollautomatisierte Lieferung Toner, Trommeln usw. (ohne Bestellen!)
- keine weiteren Kosten, alles inbegriffen keine Minimal-Verpflichtungen

MPS für Vieldrucker ab 1,28 mono und 7,986 Rp. farbig Gilt nur für Firmen Vorbehalt Genehmigung durch Brother

(exkl. MWSt.)

Auf Wunsch mit professioneller Netzwerk-Installation



ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN



Obermattenweg 5, 5610 Wohlen 056 622 33 44, www.aareptan.ch aareptan@gmail.com

Uberflüssig & unnütz!

Mein zur Zersiedelungsinitiative, weil sie die Landwirtschaft in ihrer Entwicklung bremst. Dies führt zu mehr Importen.



Nationalrat SVF

www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch





MARKUS REZZONICO

SVP-Delegierter Kanton Solothurn AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61 markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75 www.dietschi-pd.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an klartext@svp.ch

Uberflüssig & unnütz!

Nein zur Zersiedelungsinitiative, weil das Wohnen unbezahlbar wird, wenn wir Bauland noch mehr verknappen.



Nationalrätin SVF

www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch





Unnötiger Export von Sozialleistungen und Diskriminierung von Schweizer Familien verhindern

Jährlich fliessen Millionensummen für Familienzulagen in den EU-Raum, Tendenz steigend. Mit einer einfachen Lösung wäre es künftig möglich, personenfreizügigkeitskonform Familienzulagen kaufkraftbereinigt auszubezahlen. Dadurch könnte die Bevorteilung von Grenzgängern und Kurzaufenthaltern aus EU- und EFTA-Ländern gegenüber Schweizer Familien korrigiert werden.

ei den Familienzulagen fallen die mit Abstand grössten Sozialkosten im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit an. Rund 420 Millionen Franken fliessen damit pro Jahr in den EU-Raum, insbesondere für im Ausland lebende Kinder von Grenzgängern und Kurzaufenthaltern. Obwohl vorwiegend finanziert aus Lohnbeiträgen, ist es nicht nachvollziehbar, weshalb das Kind eines in Polen wohnhaften Kurzaufenthalters dieselben Leistungen erhält, wie ein Kind in der teuren Schweiz. Familienzulagen wurden nicht geschaffen, um Familien zu finanzieren, sondern um sie zu entlasten. Logischerweise sollten beim Export der Familienzulagen die effektiven Lebenskosten der Massstab sein.

Fremdes Recht austricksen

Dies ist eigentlich auch im bestehenden Bundesgesetz über die Familienzulagen so geregelt: Die Höhe der Zulagen für Kinder im Ausland orientiert sich an der Kaufkraft des jeweiligen Wohnsitzstaates. Internationale Vereinbarungen mit EU- und EFTA-Staaten hebeln das Bundesgesetz jedoch aus.

Deshalb sollten wir den Spiess umdrehen: Ein von mir eingereichter Vorstoss – der bereits die Vorprüfung der nationalrätlichen Sozial- und Gesundheitskommission überstanden hat – fordert die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalbeiträge für Kinder- und Ausbildungszulagen von monatlich 200, respektive 250 Franken, generell um 100 Franken zu kürzen. In der Schweiz lebende Kinder und Jugendliche sollen dabei einen Zuschlag von 100 Franken pro Monat erhalten – zum Ausgleich der Kaufkraft-



Schweizer Familienzulagen können im Ausland ganzen Einkommen entsprechen. Erst durch Anpassung an die Kaufkraft wirken sie zweckmässig.

nachteile. Mit dieser Lösung würden die internationalen Vereinbarungen nicht tangiert und alle Arbeitnehmenden hätten dieselbe Ausgangslage. Die Schweizer würden gleich hohe Zulagen wie bis anhin erhalten und wären – ganz wichtig – gegenüber den Ausländern nicht mehr benachteiligt. Denn diese würden neu für ihre in der Heimat lebenden Kinder auf die dortigen Verhältnisse ausgerichtete Beiträge erhalten.

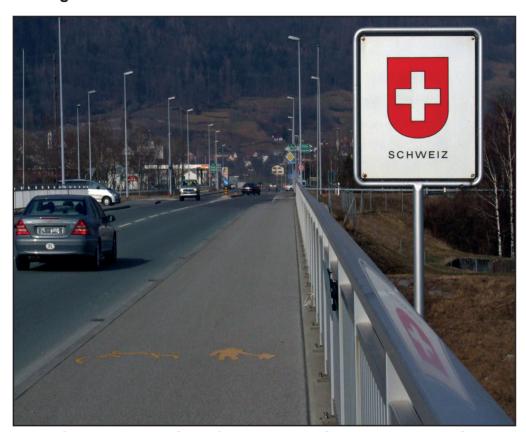
Österreich macht es vor

Die Kaufkraftbereinigung, respektive Leistungsindexierung ist auch in verschiedenen EU-Ländern ein Thema. Letzten Oktober hat der österreichische Nationalrat einer Indexierung der Familienbeihilfe zugestimmt, um diese fairer gestalten zu können. In seiner Begründung hält er fest, dass die Lebenshaltungskosten innerhalb Europa, höchst unterschiedlich sind. Die effektiv ausbezahlte Summe der Familienzulagen werde auch nach der Indexierung über der Familienbeihilfe des jeweiligen Landes liegen. So erhalte etwa ein Rumäne, der in Österreich arbeite, für sein Kind in Rumänien auch mit der Indexierung immer noch das Sechsfache an Familienzulagen gegenüber seinen Mitbürgern in seinem Herkunftsstaat. Ähnlich verhält es sich bei uns in der Schweiz. Wir müssen dringend handeln!

von Nationalrätin Verena Herzog Frauenfeld (TG)

Grenzschutz verstärken

Verstärkter Grenzschutz führt zu mehr Sicherheit im Inland. Der ungenügende Schutz der Schweizer Grenze seit Schengen ist seit Jahren eines meiner dringlichen politischen Anliegen. Meine Motion zur Aufstockung des GWK wurde im Nationalrat mit grosser Mehrheit angenommen – ein wichtiger erster Schritt.



Die Aufstockung des GWK führt zu mehr Sicherheit an den Schweizer Grenzen.

ls Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats werde ich regelmässig über die Lage an der Grenze und über den Zustand des Grenzwachtkorps GWK informiert. Bandenmässige Kriminalität, Schlepperwesen, irreguläre und illegale Migration, Schmuggel von Drogen, Waffen und Menschen auch von gefährlichen Menschen sind gravierende Probleme, mit denen das Grenzwachtkorps (GWK) zu kämpfen hat.

Echte Sicherheit ist mehr als nur Überwachung

Die Verlagerung von Grenzwächtern an die aktuellen Brennpunkte reisst spürbare Lücken in den anderen Regionen auf, welche Kriminel-

le aller Art zu nutzen wissen. Das Thema wurde allzu lange nicht ernst genommen. Vorstösse, wie z.B. von meinem Nationalratskollegen Lukas Reimann, hatten noch keinen Erfolg, aber sie haben auf die Problematik aufmerksam gemacht.

Unsere Nachbarländer Deutschland, Frankreich, Italien und Ös-

Technische Hilfsmittel sind kein Ersatz für fehlendes Personal.

terreich verstärken allesamt ihre Kräfte an der Grenze. Deutschland mit zusätzlichen 7000 (!) Personen. Deutschland schützt seine Grenzen mit 47'000 Grenzwächtern - die Schweiz hat im Vergleich dazu aktuell 2'143 Stellen im GWK.

Das GWK ist gut ausgerüstet, mit 400 Kamerasystemen, Smart Cameras, Autonummer-Erkennung oder dem Zugang zu Drohnen der Armee. Aber ohne Dispositiv am Boden kann man wohl überwachen, es können jedoch keine Zugriffe erfolgen. Technische Hilfsmittel sind kein Ersatz für fehlendes Personal.

Beharrlichkeit der SVP zahlt sich aus

Mittlerweile ersuchen uns Standesinitiativen aus meinem Kanton St.Gallen, aus den Kantonen BL, BS, GR und VS, sowie die Regierungen weiterer Grenzkantone, das GWK aufzustocken. Dank der SVP und der Unterstützung aus FDP, SP und Teilen der CVP wurde meine Kommissionsmotion zur Aufstockung des GWK zuerst in der Sicherheitspolitischen Kommission und anschliessend im Nationalrat mit grosser Mehrheit angenommen.

Als Kommissionssprecherin schaue ich zurück auf ein gutes Beispiel konstruktiver, überparteilicher Zusammenarbeit im Interesse unseres Landes. Wir brauchen dringend weitere gemeinsame Lösungen zu dringlichen Themen, ich werde mich dafür einsetzen.



Die Skos operiert mit Halbwahrheiten

Es ist reine Stimmungsmache, wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich. Das Gegenteil ist wahr! Die SVP wehrt sich gegen die Sozialarbeiter-Propaganda der Skos-Präsidenten Therese Frösch und Felix Wolffers und verlangt, dass sie den Steuerzahlern, die den Sozialwahnsinn dieses Vereins berappen müssen, endlich reinen Wein einschenken. Zumal die Sozialhilfe einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht war und sicher nicht als bedingungsloses Grundeinkommen das sie mittlerweile für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, darstellt.

ie Skos stützt ihre Behauptungen auf eine von ihr in Auftrag gegebene Studie. Diese ist jedoch einseitig, weil sie nur einen kleinen Teil des Leistungskataloges thematisiert, nämlich den Grundbedarf, den die Sozialhilfebezüger erhalten. Wer wissen will, wie hoch die Bezüge wirklich sind, fragt am besten bei den Gemeinden nach. Denn die meisten von ihnen müssen die Skos-Richtlinien umsetzen und kennen die Realität.

Korrekt ist gemäss Skos-Richtlinien: Ein Einpersonenhaushalt erhält einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei. Viele kaufen sich damit Zigaretten, Unterhaltungselektronik oder unterhalten ein (günstiges) Auto samt Parkplatz. Denn anders als die Skos dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, kommt eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulutensilien, öV-Abos, etc.) auf monatliche über 5000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Angesichts dieser steuerfreien Nettoleistungen der Sozialhilfe müsste ein Familienvater deutlich mehr verdienen, wenn er einer bezahlten Arbeit nachgeht. Denn sonst lohnt

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen ohne Kind	2 Personen + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder	2 Personen + 3 Kinder	2 Personen + 4 Kinder
Grundbedarf	986 Fr.	1509 Fr.	1509 Fr.	1834 Fr.	2110 Fr.	2386 Fr.	2662 Fr.
Miete ink. Nebenkosten¹	1100 Fr.	1300 Fr.	1300 Fr.	1500 Fr.	1600 Fr.	1700 Fr.	1780 Fr.
KVG Erwachsene	394 Fr.	394 Fr.	786 Fr.	786 Fr.	786 Fr.	788 Fr.	788 Fr.
AHV/IV	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.	45 Fr.
KVG 1 Kind	-	85 Fr.	- Fr.	85 Fr.	85 Fr.	85 Fr.	85 Fr.
KVG 2 Kinder	-	- Fr.	- Fr.	- Fr.	85 Fr.	85 Fr.	85 Fr.
KVG 3 Kinder	-	- Fr.	- Fr.	- Fr.	- Fr.	85 Fr.	85 Fr.
KVG 4 Kinder	-	- Fr.	- Fr.	- Fr.	- Fr.	- Fr.	85 Fr.
situationsbedingte Leistungen²	100 Fr.	200 Fr.	100 Fr.	100 Fr.	300 Fr.	300 Fr.	400 Fr.
Monatliche Bezüge	2625 Fr.	3533 Fr.	3740 Fr.	4350 Fr.	5011 Fr.	5524 Fr.	6015 Fr.

¹ Maximalbetrag, ² Durchschnittswert

2)Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen» müssen die Gemeinden folgende Leistungen zu 100 Prozent übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Krippenkosten, Baby-Artikel, Möbel, Musikstunden und Musikinstrumente, Schulutensilien, Versicherungen, Anwaltskosten, Gebühren für amtliche Papiere, öV-Abos, Brillen, Umzugskosten, Einrichtungsgegenstände, Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Franchisen der Schadenversicherung, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts, etc.

sich Arbeit schlicht nicht. Dass jemandem ohne Bildung und Arbeitserfahrung monatlich 6000 Franken oder mehr verdient ist jedoch völlig unrealistisch.

Mehr Spielraum für die Gemeinden

Deshalb braucht es nicht mehr Geld in der Sozialhilfe, sondern mehr Anreize zu arbeiten und mehr Gemeindeautonomie, um dem Einzelfall gerecht zu werden. Die Gemeinden brauchen Spielraum, um die Fleissigen und Motivierten, die arbeiten zu belohnen und um der speziellen Situation der über 50-Jährigen gerecht zu werden, die keine Stelle mehr finden. Für die Faulen und Integrationsunwilligen sowie für unter 25-Jährige müssen tiefere Ansätze – und in bestimmten Fällen auch die Streichung der «Sozialrente» möglich sein. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.





19. Nationaler SVP-Jasscup

mit SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 23. Februar 2019

09:45 - 16:00 Uhr, Türöffnung 9:00 Uhr

Festhalle Willisau LU

Modus

Schieber mit zugelostem Partner. 4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise

Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:

- 1. Preis Fr. 300.-
- 2. Preis Fr. 200.-
- 3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr

• Jassgebühr: Fr. 30.-

ist an der Eingangskasse zu bezahlen

• Mittagessen: Fr. 25.-

Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per E-Mail, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung). Nach Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine schriftliche Teilnahmebestätigung inkl. Details und Wegbeschrieb.

Anmeldeschluss ist der 15. Februar 2019

Organisation

SVP Willisau unter der Leitung von OK-Präsident Willi Knecht und Nationalrat Felix Müri. Turnierleiter: Fabian Cadonau.

X	
	Anmeldetalon
Ich melde mich für den 1	9. nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 23. Februar 2019 an:
☐ Französische Karten	☐ Deutschschweizer Karten ☐ Egal
Name:	Vorname:
Adresse:	PLZ Ort: